

Squadren unter ihrem Anführer Renato Ricci an der Niederschlagung der Streiks in Genua.

An der Person Riccis zeigt Engelmann den Aufstieg eines lokalen Squadrenführers zum fast unumschränkten Provinzdiktator auf. An Riccis absolutem Herrschaftsanspruch entzündete sich nach Auflösung der antifaschistischen eine innerfaschistische Opposition, die »dissidenti«, deren Vorwürfe gegen Riccis selbstherrliche Machtausübung aber, wohl dank der besonderen Gunst Mussolinis, ohne negative Auswirkungen für den Kritisierten blieben. Bedingt durch diese Sympathie von höchster Stelle und den überdurchschnittlichen Wahlerfolg der faschistischen Liste in der Provinz Massa/Carrara bei den Nationalwahlen im April 1924 (in Carrara betrug ihr Stimmenanteil rund 90 %), wurde Renato Ricci in das oberste Führungsgremium des »Partito Nazionale Fascista« gewählt. Damit sahen sich die dissidenti enttäuscht, die im Zuge der Krise nach der Ermordung des sozialistischen Parteiführers Giacomo Matteotti Morgenluft gewittert hatten.

Ricci hielt die Gelegenheit für günstig, den Rückhalt des Faschismus in der Arbeiterschaft zu vergrößern, und verlangte einen vollen Lohnausgleich für die auf 10 % angestiegene Inflation. Die Marmorunternehmer, die laut Engelmann die Rolle der Steigbügelhalter des Faschismus übernommen hatten, waren wenig geneigt, an die Stelle der zerschlagenen linken Gewerkschaften nun starke faschistische Gewerkschaften treten zu lassen, und wiesen die Lohnforderungen zurück. Die Antwort war ein sechswöchiger Streik, der schließlich Anfang Dezember in einen regionalen Generalstreik mündete; in dessen Verlauf fielen, auch von Renato Ricci, klassenkämpferische Parolen, die das Schlagwort vom »schwarzen Bolschewismus« prägten. Solcherhand gegen das syndikalistische Credo des Faschismus verstoßend, wurde Ricci von Mussolini nach Rom zitiert und ihm die Einstellung des Generalstreiks befohlen, gut zwei Wochen, bevor Mussolini mit seiner Parlamentsrede vom 3. Januar 1925 die Vollendung seiner Diktatur einleitete.

Ergänzt hat Engelmann seine ganz aus den Quellen geschriebene Darstellung um eine in mühsamer Kleinarbeit erstellte Statistik, deren Grundlage die verfügbaren Daten über squadristische Gewalttäter bilden. Darin wird bestätigt, daß es sich um sehr junge (Durchschnittsalter 23,5 Jahre), wenig gebildete (hoher Analphabetenanteil) und beruflich minderqualifizierte Arbeiter handelte – ganz im Gegensatz zu den Führungskadern des Faschismus, die sich anfangs aus übergelaufenen Liberalen und Söhnen der Marmorunternehmerschaft rekrutiert hatten.

Die Studie beschreitet zu keiner Zeit den mittlerweile gebrandmarkten Weg des »mikrohistorischen Klein-Klein«, sondern liefert einen wertvollen Beitrag zum Verständnis des italienischen Faschismus in seiner Durchbruchphase und kann darüber hinaus jedem, der sich mit den Anfängen des Nationalsozialismus in Deutschland beschäftigt, als komparatistische Fundgrube dienen.

*Bernd Braun, Heidelberg*

Manfred Peter Heimers, Unitarismus und süddeutsches Selbstbewußtsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion 1918–1933, Droste Verlag, Düsseldorf 1992, 367 S., Ln., 98 DM.

Schon im August 1919, als die Weimarer Reichsverfassung in Kraft gesetzt wurde, lastete eine ganze Reihe von Hypotheken auf der ersten deutschen Demokratie. Eine dieser Hypotheken betraf die Kompromiß-Regelung des Reich-Länder-Verhältnisses, mit der weder die Unitaristen in der Berliner Reichsregierung noch die Anhänger eines föderativen Staatsaufbaus in den Landesregierungen auf Dauer zufrieden sein konnten. Geradezu zwingend gehörte daher die Forderung nach einer umfassenden Reichsreform zu den im-

mer wiederkehrenden Themen des politischen Tagesgeschäfts zwischen 1920 und 1932. Bekanntlich gelang es den verfassungstragenden Kräften der Weimarer Koalition nicht, eine befriedigende Machtbalance zwischen dem Reich und den Ländern herzustellen. Es sollte Reichskanzler Franz v. Papen mit seinem »Preußenschlag« vom 2. Juli 1932 vorbehalten bleiben, die Verhältnisse einseitig zugunsten der Berliner Zentralregierung zu verändern und damit einen wesentlichen Beitrag zur späteren Befestigung der Regierung Hitler zu leisten.

Nach 1945, als allenthalben nach Erklärungsmustern für den folgenschweren Übergang von der Demokratie zur Diktatur gesucht wurde, konzentrierte sich die historische Forschung zunächst auf die Belichtung der tatsächlichen und vermeintlichen Schwächen der Weimarer Reichsverfassung. In diesem Zusammenhang kam es u. a. zu einer Aktualisierung der Reichsreformdiskussion aus den 1920er Jahren, wobei insbesondere die Sonderstellung Preußens als »unverdaulicher« Länderkoloss und Bayerns als separatistischer Störenfried in den Mittelpunkt des Interesses rückte. Lange Zeit führte die Zentrierung des Blickwinkels auf die Reichsebene zu einer Unterbelichtung der Reichsreformbestrebungen in den mittleren und kleineren Ländern, ehe der Forschungstrend erst in jüngster Zeit zu einer stärkeren Einbeziehung der Regional- und Lokalgeschichte drängte und damit die Konkretisierung des Beziehungsgefüges historischer Gesellschaftssysteme vorantrieb.

Mit seiner Regionalstudie über den Einfluß des Landes Baden auf die Reichsreformdiskussion zwischen 1918 und 1933 fügt Manfred Peter Heimers dem immer dichter werden den Forschungsbild auf Länderebene einen weiteren Mosaikstein hinzu. Die vorliegende, im Wintersemester 1988/89 von der Universität Trier als Dissertation angenommene Fallstudie beschränkt sich aus gutem Grunde jedoch nicht nur auf die offiziellen Stellungnahmen der bis zum November 1932 vom Zentrum und der SPD dominierten Badener Landesregierung, sondern bemüht sich zugleich, die Reformdiskussion innerhalb der SPD auszuleuchten, der Partei, die mit Adam Remmele fast über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg den für Verfassungsfragen zuständigen Innenminister stellte.

Kommt Heimers bei seinen Betrachtungen auf Regierungsebene über eine detailreiche Vertiefung bereits bekannter Tatsachen kaum hinaus (Einflußnahme der Länderregierungen auf die Verfassung von 1919, Vorschläge der süddeutschen Länder für einen föderalistischen Verfassungsumbau von 1923, Länderkonferenz von 1928 und Diskussion um die Bildung eines Südweststaates), so gelingen ihm doch einige überraschend klare Einblicke in die quälende Reformdiskussion innerhalb der Badener SPD. Dies ist um so erstaunlicher, als auch der SPD-Landesverband Baden durch die Zerstörungswut der Nationalsozialisten des größten Teiles seiner Akten verlustig ging. Trotz dieser erheblichen Schwierigkeit kann Heimers durch eine sorgfältige Auswertung der SPD-Presse Badens die wichtigsten Grundströmungen der Partei herausstellen. Solide arbeitend und überzeugend argumentierend entwickelt der Autor auf diese Weise das Bild einer Landespartei, die, anders als das unbeirrt am Föderalismus und der Länderstaatlichkeit festhaltende Zentrum, in der Frage der Reichsreformpolitik auffallend gespalten war. Während sich der in Mannheim sitzende Landesvorstand der SPD zunehmend am unitarischen Kurs der Gesamtpartei orientierte, hielt die Karlsruher Landtagsfraktion mit ihren Regierungsverantwortung tragenden SPD-Ministern an dem bereits im Kaiserreich eingeschlagenen föderalistischen Kurs fest. Die ständigen Reibungspunkte zwischen den kompromißbereiten Regierungsmitgliedern und dem basisorientierten Landesvorstand trugen folglich nicht zur Stärkung der SPD im Verbund der badischen Regierungskoalition bei und begünstigten damit den Regierungsaustritt vom November 1932, mit dem auch in Baden die Weimarer Koalition endgültig zerbrach. Zu diesem Zeitpunkt jedoch hatten die konservativen Republikgegner längst eine Lösung des Reich-Länder-Verhältnisses im unitarischen Sinne vorbereitet, wodurch auch die Handlungsspielräume des Landes Baden immer enger wurden.

*Franz Müller, Siegburg*